

Ausgabe  
Juli  
2004

**u s t o a**  
**M a g a z i n**



**Danke an alle HelferInnen !**

# \$kolumne

Es ist 4 Uhr nachts, das SportlerInnenfest neigt sich dem Ende zu und die letzten volltrunkenen StudentInnen machen sich auf den Heimweg. Dabei kommen sie natürlich am beleuchteten UStA-Büro vorbei und haben nichts (aber anscheinend auch gar nichts) besseres zu tun, als mich, den armen Layouter, anzusprechen, was ich denn um diese Zeit noch mache.

Ich als höflicher Mensch, erläutere selbstverständlich die Lage, dass das U-Mag noch diese Nacht fertig werden muss, da wir euch wertvolle LeserInnen schnellstmöglich mit den "neuesten" Nachrichten füttern wollen. Aber was ernte ich bei meinen BesucherInnen??? Im Prinzip nur Hohn und Spott. Die Situation ist natürlich schwer zu beschreiben, aber ich kann versuchen, euch ein paar Gedanken dieser Studis zu visualisieren:

"Man ist der spießig, anstatt sich Bier hinter die Birne zu kippen, sitzt er die ganze Nacht in seinem Büro und layoutet so ne doofe Zeitschrift" oder "HiHi, ist das ne Witzfigur, er hat zwar die selbe Haarfarbe (gefärbt) wie ich, sitzt aber wie ein Langweiler hier rum, anstatt auf dem SportlerInnenfest einen drauf zu machen"

Naja, damit muss man wohl leben. Oder auch nicht, deshalb fang ich doch einfach mal an mich darzustellen, bzw. durch meine Umgebung darstellen zu lassen.

Nachdem mir ja jetzt bestätigt wurde, dass ich ein Langweiler bin, muss ich gleich zu meiner nächsten negativen "Eigenschaft" kommen, die mir auf dem Unifest zuteil wurde: Ich bin ein Chauvinist! Für diejenigen unter euch, die nicht wissen, was das ist: Ein Chauvinist ist ein "selbstgefälliger Mann mit überheblicher Art auf Grund eines gesteigerten Selbstwertgefühls und damit verbundener gesellschaftlicher Bevorzugung der Angehörigen des gleichen Geschlechts".

Ich nehme an, dass hat jetzt jeder verstanden. Falls nicht, lest euch den Satz einfach nochmal durch. (Anm. der Redaktion: Manche Teile des UStA-Sumpfes wussten dies natürlich schon immer :-)) Also ich fasse zusammen, ich bin ein langweiliger Chauvinist. Jetzt muss ich noch überlegen, was denn noch so auf mich zutrifft. denk, denk, rauch, ha jetzt hab ich es. Ich bin ja noch rechthaberisch. Wobei man diese Eigenschaft auch in die Sparte Chauvinist schieben kann, da dies, glaube ich zumindest, zusammenhängt.

Was hätte ich denn noch? Hm, mir fällt tatsächlich nichts mehr ein. Aber vielleicht können ja diejenigen, die mich kennen (oder auch nicht kennen) einen LeserInnenbrief an die Redaktion des U-Mags schreiben, damit ich in der nächsten Ausgabe meine weiteren negativen Eigenschaften offenlegen kann.

**Also schreibt LeserInnenbriefe an den UStA, Kennwort: Chauvinist.** Die besten Briefe werden veröffentlicht (auf Wunsch anonym).

Falls meine BesucherInnen den Artikel lesen sollten, hoffe ich, dass sie sich nicht angegriffen fühlen, aber auch sie können gerne einen LeserInnenbrief schreiben.

So jetzt ist es 6 Uhr morgens und ich muss nur noch eine halbe Seite füllen. Euch wünsche ich viel Spaß beim Lesen und hoffe, dass ich euch nicht zu sehr mit mir gelangweilt habe :-)

Euer ehemaliger Aussenposten

## Inhalt

<b>\$kolumne.....</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Aktionswoche.....</b>	<b>Seite 3</b>
<b>BAT.....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>BuksS.....</b>	<b>Seite 5</b>
<b>HRK gegen uns.....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Menschenrechte heute.....</b>	<b>Seite 8</b>
<b>Berufsverbot.....</b>	<b>Seite 9</b>
<b>"Foto-Love-Story".....</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Termine.....</b>	<b>Seite 12</b>

## Editorial

**Liebe LeserInnen,**

ihr haltet gerade die letzte Ausgabe des UStA-Magazins für dieses Semester in euren Händen. Mit Biegen und Brechen ist es während des Unifestes geschrieben worden. Wenn wir dies wirklich am Abend des 26. Juni erledigt hätten, wäre das allerdings schon reichlich spektakulär. Doch während für BesucherInnen das Fest von 3 Uhr bis 3 Uhr ging, war es für den UStA eher Dienstag bis Dienstag. Ohne die Ablenkung durch die Kleinig-/Selbstverständlichkeit "Unifest" wollen wir jetzt erstmal wieder "regulärer" UStA-Arbeit nachgehen. Im Oktober schliesslich soll es wieder ein UMag in größerem Umfang geben, doch denkt daran: Nach dem Fest ist vor dem Fest.

In diesem Sinne, euer UStA.

# Studentische Beschäftigte sind unentbehrlich!

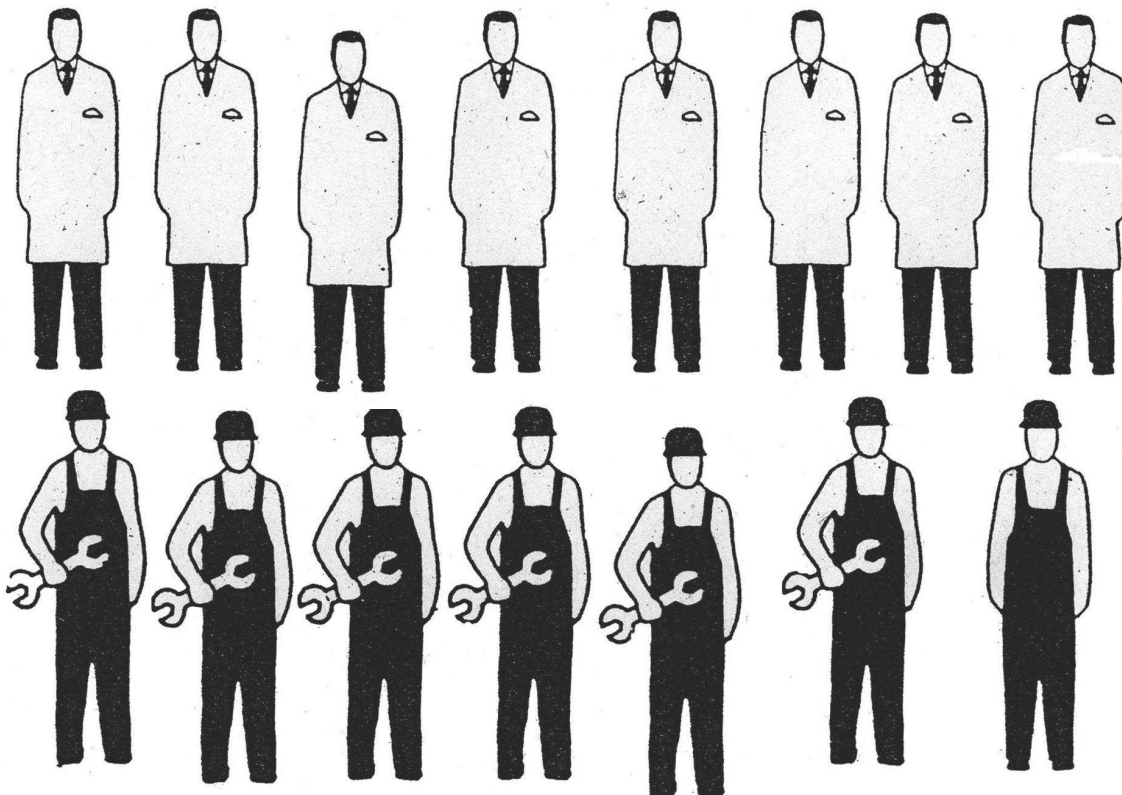
- Aktionswoche vom 05. bis 09. Juli -

Die Bedeutung von studentischen Beschäftigten für den Hochschulbetrieb muss wohl kaum weiter verdeutlicht werden. Offenbar leisten sie wertvolle Arbeit im Rechenzentrum oder durch Tutorien. Um so unverständlicher ist die Tatsache, dass ihre Arbeit in keinsten Weise gewürdigt wird.

Stattdessen müssen auch Hiwi-Jobs wie jedes andere Arbeitsverhältnis betrachtet werden. Dementsprechend brauchen wir Absicherung durch Tarifverträge, Personalvertretungen und gerechte Löhne. Gerade das Fehlen des letzteren fällt ins Auge, da Verdienstmöglichkeiten für Studierende in der freien Wirtschaft weitaus lohnender sein können. Ein Hiwi-Job kann dagegen nicht zur Existenzsicherung genügen. Nach elf Jahren unverändert niedriger Vergütung mussten wir nun auch noch eine Kürzung hinnehmen.

In der Woche vom 05. bis 09. Juli wollen wir an der Uni Karlsruhe gegen ungerechte und diskriminierende Arbeitsbedingungen demonstrieren. Beginn wird der Vortrag von Klemens Himpele zum Thema "Leere Kassen - ein Naturgesetz?" am Montag um 19 Uhr im Grashof Hörsaal bilden. Zentrale Veranstaltung ist die Vollversammlung der Studierendenschaft am Dienstag 14:30 Uhr in der Mensa. Dort wird der Antrag für eine dreitägige Arbeitsniederlegung für den Rest der Woche behandelt. (Diese Arbeitsniederlegung soll nicht dazu dienen, den Betrieb der Uni zu Erliegen zu bringen!) Am Donnerstag wird das Ganze noch weiter in die Öffentlichkeit getragen. Einige Tutorien werden open-air an exponierten Plätzen in der Innenstadt (Markt-, Europa-, Kronenplatz) durchgeführt.

(db)



# BAT gilt auch für Studierende

## Tariflohn: Mehr Geld, mehr Urlaub, mehr soziale Sicherheit

Ein großer Teil der sog. "Studentischen Hilfskräfte" hat seit dem 1.1.2002 einen Anspruch auf deutlich bessere Bezahlung, längeren Urlaub und die übliche soziale Absicherung: Alle Studentischen Beschäftigten, die an Hochschulen technische und Verwaltungstätigkeiten ausüben, fallen seitdem unter den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT), der auch für die festangestellten KollegInnen gilt. Die daraus folgenden Ansprüche müsst Ihr jedoch geltend machen, wenn Ihr zu Eurem Recht kommen wollt. Das geht bis zu sechs Monate rückwirkend. Eile ist demnach geboten, denn wer zögert, verliert u.U. viel Geld und einige Urlaubstage.

### Wer, wie, was?

Zum 1.1.2002 wurde der BAT aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs geändert. Bis dahin waren all jene, die geringfügig beschäftigt waren (unter 325 Euro), vom Tarifvertrag ausgenommen. Das gilt nun nicht mehr. Ob Ihr unter den BAT fällt oder nicht, bestimmt sich seitdem nur noch über Eure Tätigkeit. Von nun an sind nur noch diejenigen, die unmittelbar in Forschung und Lehre tätig sind, vom BAT ausgenommen. Also TutorInnen oder die klassischen



"Hilfskräfte" der ProfessorInnen. Wer jedoch in der Verwaltung arbeitet, Bibliotheksaufsicht führt, in Rechenzentren oder in anderen Dienstleistungseinrichtungen tätig ist, fällt unter den Tarifvertrag. Geschenkt gibt es nichts. Und auch dort, wo Euch die Hochschulen BAT-Verträge anbieten, schummeln sie oft bei

der Einstufung in die richtige Vergütungsgruppe. Deinen Anspruch musst du selbst geltend machen. Die für Hochschulen zuständigen Gewerkschaften GEW



und ver.di helfen bei der Geltendmachung, überprüfen, ob die Eingruppierung richtig ist und unterstützen dich in einem möglichen Rechtsstreit. Dies geht allerdings nur wenn du Mitglied einer dieser Gewerkschaften bist.

### Und was ist mit dem Rest?

Die Neuregelung des BAT betrifft nur diejenigen, die nicht unmittelbar in Forschung und Lehre tätig sind. Dies bedeutet eine Spaltung der Studentischen Beschäftigten, die wir nicht wollen, weil sie willkürlich und ungerecht ist. Um auch für die "klassischen" Studentischen Hilfskräfte tarifvertragliche Rechte zu erkämpfen, müssen wir uns organisieren! Bundesweit arbeitet die Tarifvertragsinitiative Studentischer Beschäftigter gemeinsam mit ver.di und GEW an einem Tarifvertrag für alle Studentischen Beschäftigten. Auch eine lokale Initiative ist eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um einen Tarifvertrag. Wir werdet sie auch brauchen, um die schon bestehenden Rechte durchzusetzen. Denn: Auch "klassische" HiWis haben Rechte, wie z.B. bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall! Und: Auch einen Anspruch auf einen BAT-Vertrag muss man erst mal durchsetzen. Das geht organisiert und mit Hilfe der Gewerkschaften allemal leichter als allein.

(db)

# Studierende in der sozialen Verantwortung

## Bundeskongress studentische Sozialpolitik

Zum zweiten Mal fand vom 10. bis zum 13. Juni der Bundeskongress studentische Sozialpolitik (BuksS) statt. Veranstaltet wurde er diesmal in der beschaulichen, aber von Studis bevölkerten Stadt Münster. Der Erfolg des letztjährigen Kongresses in Potsdam gab den Betreibern - dem freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) und dem AStA der Uni Münster - Recht, nochmal Interessierte aus ganz Deutschland einzuladen. Unterstützt wurde der fzs dabei von den Gewerkschaften GEW, ver.di und IG Metall sowie dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und dem Bundesverband ausländischer Studierender (BAS). Über Münster heisst es, entweder regne es oder es läuten die Glocken. An vier Tagen BuksS war beides zu erleben, aber es war ja auch ein verlängertes Arbeitswochenende.

### Sozialpolitik im 21. Jahrhundert

Eins zog sich wie ein roter Faden durch den BuksS: Nach dem Abschied von sozialer Politik der regierenden Parteien in Bund und Ländern liegt es nun an anderen Gruppierungen, sich für das Wohle der Masse einzusetzen. Die neo-liberale Linie der Schröder-AnhängerInnen zwingt Gewerkschaften und studentische Initiativen in die Verantwortung, die Zukunft zu gestalten. In mehreren Plenardebatten und ganzen 18 Arbeitsgruppen wurde über mögliche Verbesserungen im sozialen Bereich diskutiert. Die dort erarbeiteten Ideen und Forderungen beschränken sich auch nicht unbedingt auf den Hochschulbereich. Vielmehr soll die Arbeit Studierender Vorbild sein für alle gesellschaftlichen Gruppen. Es ging unter anderem um Themen wie soziale Grundsicherung, Gleichstellungspolitik, Wohnraumproblematik oder Integration ausländischer Mitmenschen.

### Anforderungen an eine BAföG-Novellierung

Das Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz (BAföG) ist einem ständigen Wandel unterworfen. Hier wird von studentischer Seite immer wieder versucht, sinnvolle Ideen einzubringen. Momentan wird gerade eine Novelle im Bundestag beraten. Diese beinhaltet jedoch nur kleine Veränderungen und stellt somit eine große Enttäuschung dar. Positiv aufzunehmen ist die Vereinfachung des Fachrichtungswechsels. Auf der anderen Seite wird der Datenabgleich im Bereich Vermögen vertieft und um den Punkt Einkommen erweitert. Die versammelten StudierendenvertreterInnen konnten dagegen spontan einige Verbesserungsvorschläge präsentieren. So sollte beispielsweise nach Meinung der BuksS-TeilnehmerInnen für Teilzeitstudierende auch ein Teilzeit-BAföG geschaffen werden und eine Förderung von Sprachkursen als Vorbereitung von Auslandsstudien stattfinden. In Hinblick auf die zunehmende Internationalisierung von Bildung sollte die "Inlandsförderung" nicht nur in der EU, sondern im gesamten Raum der Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung gelten.

### Hochschule gestalten

Eine Arbeitsgruppe auf dem BuksS stellte sich die Frage, wie eine barrierefreie Hochschule auszusehen hat und welchen Einfluss die Studierendenvertretungen auf deren Gestaltung nehmen können. Es gibt viele Menschen mit vielen, verschiedenen Problemen, demzufolge darf sich Barrierefreiheit nicht nur auf Zugänglichkeit von Gebäuden beschränken, sondern barrierefreie Informationen sind in Bezug auf Forschung und Lehre von hervorzuhebender Bedeutung. Das fängt mit einer für RollstuhlfahrerInnen zu erreichenden Höhe von schwarzen Brettern an und endet damit dass Skripten in für Blinde lesbarer, digitaler Form vorliegen. Bei Wohnheimen muss auch eine ausreichende Infrastruktur bestehen, es sollten aber keine "Behinderten-Ghettos" entstehen. Was bisher wenig beachtet wurde, ist die Verträglichkeit von Mensa-Essen für Menschen mit Allergien.

### Tarifpolitik und soziale Absicherung

Neben einem Workshop fand im Vorfeld des BuksS auch ein Treffen der bundesweiten Tarifvertragsinitiative der studentischen Beschäftigten (Tarifini) statt.



Sehr viele neue InteressentInnen brachten sich in die Runde ein und schilderten die Bemühungen vor Ort - vor allem vor dem Hintergrund der Lohnkürzungen in Niedersachsen und Baden-Württemberg. Momentan laufen intensive Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (BAT), in den dann auch die Hiwis untergebracht werden sollen. Zeitgleich zu unserer Aktionswoche wird am 8. Juli in Berlin vor dem Sitz der zuständigen Arbeitgebervertretung TdL eine Demonstration stattfinden.

### **Zukunft der Studierendenwerke**

Momentan wird von verschiedenen Seiten über Veränderungen im Bereich der Studierendenwerke diskutiert. Deren Dachverband Deutsches Studentenwerk (DSW) orientiert sich stark an studentischen Positionen. Auf der anderen Seite muss auf Grund von Kürzungen der Länder jeder Cent zweimal umgedreht

werden. Diese Situation machte auf einer Podiumsdiskussion die stellvertretende Generalsekretärin Andrea Hoop klar. Dass dies weder zu Lasten der Studierenden noch der Beschäftigten gehen sollte, liegt auf der Hand. Eine ausreichende staatliche Finanzierung wurde auch von den VertreterInnen von fzs und ver.di gefordert. Dagegen wurden nun erste Ideen zu diesem Thema vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bekannt, welches sich sonst als Vorkämpfer der Pro-Studiengebühr-Front hervorgetan hat. Das CHE erarbeitet momentan Pläne für einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Verantwortung und eine Privatisierung der Studierendenwerke. Als Versuchskaninchen soll Hamburg dienen, wo im Auftrag des CDU/Schill-Senats am Abbau sozialer Dienste gearbeitet wird.

(db)

# **RektorInnen sind gegen uns!**

## **HRK für radikales Gebührenmodell**

Am 9. Juni gab die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) bekannt, dass sie die Einführung von Studiengebühren befürwortet. Dabei gab sie noch weitaus radikalere Ideen preis als bis dahin erwartet. In den Medien tauchten bis dahin immer wieder populistische Schlagworte wie die sagenumwogenen "sozialverträglichen Studiengebühren" auf. In der Presseerklärung der HRK zu ihren Studienbeiträgen stand jedoch nichts über Aspekte wie soziale Selektion oder die Frage, wer sich Studiengebühren überhaupt leisten kann.

### **"Stimme der Hochschule"?**

Dass die HRK solche Vorstellungen hat, deutet darauf, dass sie sich nicht ausreichend mit dem Thema "Studiengebühren" auseinandergesetzt haben. Sie springen schlicht auf den von den FinanzministerInnen geführten Zug auf und wenden sich damit gegen die eigenen Hochschulen. Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und freier Zusammenschluss von studentInnenschaften

(fzs) haben bereits eine Kampagne gegen diese Kurzsichtigkeit gestartet. Die von der HRK geforderten Gebühren ab dem ersten Semester

würden einen massiven Rückgang der Studierendenzahlen mit sich ziehen. Erst kürzlich sank die Zahl in Nordrhein-Westfalen um ganze 20% nach der Einführung



von Strafgebühren ab dem 14. Semester. Die exakten Folgen sind noch nicht absehbar, jedoch würde ein Zustandekommen allgemeiner Gebühren auf jeden Fall der deutschen Hochschullandschaft nachhaltig schaden. Als "Stimme der Hochschulen" - wie sie sich selbst nennt - hat die HRK also gründlich versagt. Anscheinend haben einige RektorInnen sogar in diktatorischer Manier die Weisung ihres Senates übergangen, indem sie auf der Versammlung für den Vorschlag stimmten.

### **HECS**

Ursprünglich wurde erwartet, dass die HRK das australische Gebührenmodell HECS befürwortete. Dieses System hat inzwischen verheerende Folgen gezeigt. Die soziale Schere zwischen Studierenden aus reichen und weniger wohlhabenden Schichten wurde immer weiter. Immer weniger Menschen ohne Eltern mit Konten in der Schweiz sind willens, die extremen finanziellen Belastungen auf sich zu nehmen. Schließlich sind gigantische Schuldenberge dank nachlaufender Gebühren zu erwarten. Diese werden im Schnitt von australischen Studenten nach 18 Jahren abbezahlt. Bei Frauen dauert es sogar bis zur Rente.

### **Finanzielle Elite?**

Auf der Pressekonferenz der HRK wurde dann ein weitaus gravierendes Modell vorgestellt. Mit einer

großen Mehrheit sprachen sich die RektorInnen für 500 Euro für ersten Semester aus. In "höheren" Semestern (ab dem 5.) sollen die Gebühren dann auf vierstellige Werte steigen. Wer sich dies nicht leisten könne, möge doch bitte einen Bankkredit aufnehmen. Damit wird Australien noch bei weitem übertroffen. Eine weitere Vertiefung der sozialen Unterschiede ist schon vorprogrammiert. Nach der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) nehmen 81% aller Personen aus "hoher sozialer Schicht" ein Studium auf, in der "niedrigen sozialen Schicht" sind es gerade mal 11%. Dabei existiert schon jetzt ein Trend, dass diese Differenz noch erhöht wird.



### Die Lobby

Die Gebühren sollen zudem nach Fächern differieren. Damit soll das Spektrum an Studiengängen in die eng bemessenen Vorgaben der einflussreichen Wirtschaftsunternehmen hineingezwängt werden. Wer das Sagen hat, ist weithin sichtbar. Dafür lohnt es sich, die Zusammensetzung des Universitätsrates zu betrachten. Der Unirat - der bald in Aufsichtsrat umbenannt

werden soll - ist ein extrem intransparentes Lobby-Gremium, welches über die wichtigsten Entscheidungen der Hochschule entscheidet. In Karlsruhe finden sich dort unter 9 Mitgliedern gleich drei VertreterInnen der Automobilindustrie. Doch auch wenn Studierende der Philosophie keinen Nutzen für schwäbische und bayerische Autobauer haben, dürfen alle Menschen noch dieses Fach wählen, ihre Eltern müssen nur über das nötige Kleingeld verfügen. Dagegen wird es völlig überlaufene Maschinenbau- und Wirtschaftsvorlesungen geben damit alle Studierenden ihrer Rolle als Humankapital gerecht werden.

### Ohne Sinn und Verstand

Recht makaber klingt die Aussage des HRK-Präsidenten Gaehtgens, die Höhe der Studiengebühren sei nicht so gravierend, schliesslich bezahlten Studierende für andere Dinge wie Miete viel mehr. Scheinbar müssen junge Menschen in Zukunft entscheiden, ob sie lieber studieren oder wohnen möchten - zumal die Mieten für Wohnheime in den letzten drei Jahren um 17% gestiegen sind. Es ist schon erschreckend, dass die RektorInnen Studierende ausrauben wollen anstelle eine ausreichende staatliche Finanzierung zu fordern. Anscheinend haben sie sich mit dem Willen unserer Regierenden, die Hochschulen zu Dienstleistungskonzernen umzubauen. Wie in Australien werden wir wohl einen schleichenden Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung erleben.

(db)

## Das nächste kommt bestimmt

So, das Unifest ist nun vorbei und wir, das Festkomitee, hoffen, dass es euch allen Spaß gemacht hat. Wir bedanken uns recht herzlich bei den Hunderten von HelferInnen, ohne die das Fest gar nicht möglich gewesen wäre.

Da bereits im Januar das Winterfest ansteht, wird das Festkomitee keine Pause machen und sich bald an die Planung des nächsten Festes machen.

Wer Lust hat, sich ein wenig mehr beim Unifest zu engagieren, der kann gerne zum Festkomitee dazustoßen. Wann die erste Sitzung stattfinden wird, werden wir durch Flyer und unseren UStA-Newsletter bekannt geben. Aber ihr könnt auch jederzeit gerne bei uns im Büro vorbeischaun.

Diejenigen, die im Vorfeld nicht soviel Zeit investieren wollen oder können, haben auch im Winter wieder die Möglichkeit diverse Schichten (36er, Springer, Kasse, Einlass, ...) zu übernehmen.

Wir würden uns über Zuwachs in der Festorga freuen. Um so mehr Leute wir sind, um so mehr Spaß macht das Ganze.

Bis zur nächsten Sitzung, bis zum nächsten Fest

Euer Festkomitee

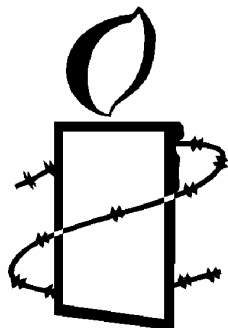
(mv)

# Menschenrechte heute

Menschenrechte: für viele kein Thema von besonderem Interesse. Leben wir nicht in einer zivilisierten Welt? Setzen sich Werte wie Gleichheit, Demokratie und Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen nicht mehr und mehr durch?

## Folter im Irak

Schon ein kurzer Blick in die Nachrichten macht klar, dass Diskriminierung, politische Unterdrückung und unmenschliche Haftbedingungen an der Tagesordnung sind. Aktuell sind es vor allem die Foltervorwürfe aus dem Gefängnis von Abu Ghreib, die schockieren, und einmal mehr zeigen, dass Engagement für die Menschenrechte gerade heutzutage wichtig ist.



Berichte von Gefangenen im Irak, die wie Abdallah Khudran al-Shamran mit Elektroschocks gepeinigt, an den Füßen aufgehängt und geschlagen wurden, gibt es jedoch nicht erst seit den Photos aus Saddams einstigem Staatsgefängnis. Bereits im Juli 2003 wies amnesty international (ai) in einem Memorandum auf unerträgliche Haftbedingungen im Irak hin. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Pauschaler Anti-amerikanismus und der Verweis auf die aktuelle Regierung der USA sind zwar schnell angeführt, treffen aber -wie alle Populismen- den Kern der Sache nur teilweise.

## "Unmenschlichkeit"

Auch wenn sich immer mehr herausstellt, dass die Genehmigungen so genannter "extremer Verhörmethoden" von ganz oben kamen, waren es letztendlich doch einzelne Personen, die die Würde der Menschen im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen traten. In diesem Zusammenhang ist ein bekanntes Experiment aus den 70er Jahren erwähnenswert: in einem simulierten Gefängnis wurden aus gewöhnlichen Studenten binnen weniger Tage brutale und sadistische Wärter. Dieses Experiment zeigt, dass unkontrollierte Macht also oft zu unmenschlichem Verhalten führt, und nicht auf einzelne Nationen beschränkt ist, wie auch die vier Todesfälle unter britischer Haft im Irak zeigen, die ai dokumentiert hat.

## Todestrafte der USA

Aber nicht nur die Ereignisse im Irak, sondern auch der Alltag in amerikanischen Gefängnissen, gehört zu den besonders unangenehmen Erscheinungen menschlicher Gewalt. Insbesondere in den berüchtigten Todestrafen der US- amerikanischen Haftanstalten bleiben humane Haftbedingungen für viele Häftlinge ein Traum.

Ende Mai sprach hier an der Uni einer der weltweit bekanntesten Gegner der Todesstrafe, Prof. Rick Halperin, auf Einladung der ai Hochschulgruppe über die Todesstrafe in den USA. So sei es die Regel, dass zum Tode Verurteilte bis zu Ihrer Hinrichtung aufgrund langer Gerichtsverfahren acht Jahre bis zu ihrer Hinrichtung warten, während sie willkürlich handelnden Wärtern ausgesetzt sind. Und noch immer sind die Mehrzahl der Verurteilten Afroamerikaner, während Weiße bei ähnlichen Straftaten lediglich mit Haftstrafen bedacht würden. Erfreulicherweise wendeten sich inzwischen auch immer mehr Amerikaner gegen die Todesstrafe, vor allem weil nachweislich ein hoher Prozentsatz an Fehlurteilungen vorliegt, denen unter anderem eine rassistische Motivation unterliegt. Doch auch wenn man von einem perfekten Rechtssystem ausginge, bliebe jede Hinrichtung ein Verstoß gegen die Würde eines jeden Menschen, auch wenn er bewiesenermaßen ein Schwerverbrecher wäre.



Gerade der Staat sollte darauf verzichten, nach dem überholten Prinzip "Auge um Auge, Zahn um Zahn" zu handeln, da kein Verbrechen durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit wieder gut gemacht werden kann.



Auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wendet sich ai gegen schwer wiegende Verletzungen der Rechte eines jeden Menschen, seien es Verschleppung, Folter oder Todesstrafe.

### Wer will helfen?

Unterstützung, Spenden oder andere Formen des Engagements für amnesty international sind immer will-

kommen. Schaut doch einfach mal bei einem unserer Treffen montags um 19:00 Uhr im UStA vorbei oder werft einen Blick auf unsere Website:  
[www.usta.de/RefAk/Amnesty/](http://www.usta.de/RefAk/Amnesty/)

# Berufsverbot für Heidelberger Lehrer

Der Realschullehrer Michael Cszakoczy hatte sich seit Sommer 2002 um eine Stelle im Umfeld von Heidelberg beworben. Er ist in Heidelberg seit vielen Jahren für sein Engagement in antifaschistischen Gruppen und der Antikriegsbewegung sowie für seinen Einsatz für das Autonome Zentrum (AZ) bekannt. Mit Schreiben vom 15.12.2003 wurde ihm nun vom Oberschulamt Karlsruhe mitgeteilt, dass das Innenministerium gegen seine Einstellung interveniert habe, weil Zweifel daran bestünden, dass er jederzeit Gewähr dafür biete, für die freiheitliche demokratische Grundordnung voll einzutreten. Der Verfassungsschutz habe über mehr als 10 Jahre Informationen über Cszakoczy gesammelt, die angeblich Zweifel an seiner Verfassungstreue begründen. Nähere Hintergründe werden in dem Schreiben nicht genannt. Ein Termin für eine Anhörung, in der Michael Cszakoczy Gelegenheit hat, Zweifel an seiner Verfassungstreue auszuräumen, wurde nach längerem Hinhalten auf den 21.4. festgelegt.

### faktisches Berufsverbot

Da die Einstellung - laut Auskunft des Oberschulamtes - spätestens zum neuen Schulhalbjahr am 1. Februar 2004 vorgesehen gewesen wäre, tritt damit das Berufsverbot faktisch schon in Kraft, ohne vorher offiziell verhängt worden zu sein. Die einschlägigen Paragraphen wurden abgesehen von der Abwicklung der DDR seit über 20 Jahren nicht mehr angewendet, was dem laufenden Berufsverbotsverfahren gegen Michael Cszakoczy eine besondere Brisanz verleiht.

### Geschichte und Hintergründe des Berufsverbots

Angesichts einer starken linken Bewegung wurde 1972 mit dem Erlass zur Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, politisch unliebsame Menschen, die sich für emanzipatorische Ziele einsetzen, aus dem öffentlichen Dienst und insbesondere aus dem LehrereInnenberuf fernzuhalten.

Von 1979 an wurde dieser Radikalenerlass jedoch nicht mehr oder nur noch teilweise angewendet. In einigen Bundesländern wurde die einschlägige Gesetzgebung sogar widerrufen. Der antiemanzipatorische Charakter lässt sich auch daran deutlich erkennen, dass Berufsverbote gegen Rechtsextreme praktisch nie zur Anwendung kamen. Diese Form politischer Einschüchterung ist in Europa einzigartig. Dementsprechend hat auch der Europäische Gerichtshof in einem exemplarischen Urteil 1995 die Berufsverbotspraxis der BRD für menschenrechtswidrig erklärt, weil sie gegen die Grundrechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verstoße.

### Gegen die Wiederbelebung der antidemokratischen Berufsverbote

Wir protestieren gegen die geplante Anhörung eines linkspolitisch tätigen Menschen, die wir als Gesinnungsverhör betrachten. Ziel dieses Vorgehens ist offenbar, Lehrerinnen und Lehrern von vornherein einen Maulkorb anzulegen und sie in ihrer Meinungsfreiheit und Handlungsfähigkeit einzuschränken. Es ist unerträglich und erschreckend, dass mit der Wiederbelebung dieser antidemokratischen Waffe aus Zeiten des Kalten Krieges erneut versucht werden soll, politisch aktive Menschen einzuschüchtern und mundtot zu machen. Offensichtlich sind es heute stärker der Sozialabbau und die fortschreitende Demontage von BürgerInnenrechten, angesichts derer ein Klima der Unsicherheit und Angst erzeugen werden soll, das politischen Protest bereits im Keim erstickt. Die Gesellschaft und unsere Schulen brauchen Lehrkräfte, die entschieden für demokratische, emanzipatorische Werte und Ideen eintreten, sich kritisch mit den realen Entwicklungen auseinandersetzen und die notwendige Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft führen.

**Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot für Michael Cszakóczy**

# Coca Cola light Lemon



**prickelnd**  
**verführerisch**  
**belebend**



Coca-Cola light Lemon.  
Ob bei der Arbeit, zu Hause oder unterwegs mit Freunden.  
Und während Coca-Cola light und der Geschmack eines natürlichen Spritzers Zitrone miteinander flirten, kommst du vielleicht auch auf neue Ideen.  
Unwiderstehlich:  
Coca-Cola light Lemon.

# Danke, 36er



## SSV Dienstleistungen

Der Studierendenserviceverein (SSV) ist für alle Aktivitäten im Servicebereich der Unabhängigen Studierendenvertretung zuständig. Ihr könnt uns täglich zwischen 11:00 Uhr und 13:30 Uhr an der Theke besuchen und unsere "Produkte" in Anspruch nehmen.

### Ein Überblick

- Fahrzeugvermietung
- Druckerei
- Rechtsberatung
- ISIC's
- Deutschkurse
- Werkstatt im AKK
- Photolabor im AKK
- ÄrztInnen-Fragebogen
- Ökopapier
- Kondome (20 Cent)

## IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind gerne willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich im UStA oder bei eurer Fachschaft

Redaktion: Daniel Bruns

Layout: Michael Vogel

Druck: StudierendenserviceVerein SSV

Auflage: 1000

V.i.S.d.P.: Tobias Koz

UStA der Uni Karlsruhe

Adenauerring 7 / 76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

email: [umag@usta.de](mailto:umag@usta.de)

<http://www.usta.de/>

# Termine

## Juli

**Do. 1. Juli, 20:00 Uhr**

AKKustik Schlonz (Altes Stadion)

**Do. 1. Juli, 20:00 Uhr**

PH Bau III Fest

**Mo. 5. Juli, 17:00 Uhr**

Das Gehör -

Vortrag des Studienzentrums für Sehgeschädigte

**Mo. 5. Juli, 19:00 Uhr**

"Leere Kassen - ein Naturgesetz?"-

Vortrag von Klemens Himpele

**Di. 6. Juli, 20:00 Uhr**

Delirium-Schlonz

**Di. 6. Juli, 14:00 Uhr**

Vollversammlung der Studierendenschaft

**Do. 8. Juli, 16:00 Uhr**

Fakultätsfest Informatik

**Do. 8. Juli, 20:00 Uhr**

Rockadelic Seventies Schlonz (Altes Stadion)

**Sa. 10. Juli, 19:00 Uhr**

HaDiKo-Sommerfest

**Di. 13. Juli, 20:00 Uhr**

Bücher Schlonz (Altes Stadion)

**Do. 15. Juli, 20:00 Uhr**

KlimBim Schlonz

**Sa. 17. Juli, 20:00 Uhr**

KHG/ESG-Sommernachtsball

**Di. 20. Juli, 20:00 Uhr**

Maiks Superduper Schlonz

**Do. 22. Juli, 13:30 Uhr**

Personalversammlung

**Do. 22. Juli, 20:00 Uhr**

Semesterabsturz Schlonz

**Fr. 23. Juli, 11:00 Uhr**

bundesweites Tarifini-Treffen

**Sa. 24. Juli, 12:00**

Offizielles Vorlesungsende

**So. 25. Juli, 12:00 Uhr**

LandesAStenKonferenz in Tübingen

**aktuelle Informationen ständig unter  
[www.usta.de](http://www.usta.de) und [www.akk.org](http://www.akk.org)**